

La Semana 24. November 2007

Kolumbianisches Nachrichtenmagazin
(Übersetzung Claudia Senn)

Menschenrechte

Die Gemeinde hatte Recht

Paramilitärs und Militärs haben angeblich beim Massaker von San José de Apartadó zusammengearbeitet. So massiv, dass letzte Woche ein Hauptmann des Heeres festgenommen wurde.

Datum: 24/11/2007



Acht Personen wurden im Februar 2005 auf dem Gebiet von San José de Apartadó brutal ermordet. Die Gemeinde hat sofort das Heer für diese Tat bezichtigt. Die zurzeit laufenden Untersuchungen der Staatsanwaltschaft scheinen der Gemeinde Recht zu geben.

Als im Februar 2005 die Friedensgemeinde von San José de Apartadó behauptete, dass Mitglieder des Heeres sich am Massaker beim Weiler La Resbalosa beteiligt hätten, an dem zwei Familien auf grausamste Art ermordet wurden, hat fast niemand ihnen geglaubt. Es erschien unwahrscheinlich, dass die Streitkräfte am Mord der sieben „campesinos“ beteiligt gewesen sein könnten. Drei der Ermordeten waren Kinder, zwei wurde die Kehle durchgeschnitten, das andere enthauptet.

Wenige haben der Gemeinde Glauben geschenkt weil die Streitkräfte zu beweisen versuchten, dass ihre Männer gar nicht am Ort des Geschehens gewesen waren. Vielmehr haben sie die Version zirkulieren lassen, dass die Sprecher der Friedensgemeinde - Gloria Cuartas und Jesuitenpater Javier Giraldo - Teil des angeblich von der Guerilla gegen die Institution geführten „politischen Krieges“ sind.

Drei Jahre später scheint die Justiz jedoch zu beweisen, dass die Friedensgemeinde Recht hatte. Letzten Mittwoch hat ein Staatsanwalt der Einheit für Menschenrechte die Festnahme von Hauptmann Guillermo Armando Gordillo Sánchez angeordnet und der Mittäterschaft bei verbrecherischer Verschwörung und Terrorismus angeklagt. Gordillo war der für die Kompanie Alacrán der XVII. Armeebrigade verantwortliche Offizier. Er und seine Männer patrouillierten in der Region als das Massaker geschah. Obwohl er vor der Staatsanwaltschaft seine Unschuld beteuert, sind die ihn belastenden Zeugenaussagen und Beweise, erdrückend.

Die Aussagen eines demobilisierten Paramilitärs waren ausschlaggebend für die Zusammensetzung der Einzelteile des Tathergangs, der wie kaum ein anderer so viel internationale Aufmerksamkeit erregt hatte. Adriano José Cano Arteaga führte die Paramilitärführer Don Berna unterstellten und zwischen Córdoba und Urabá operierenden Patrouillen „Héroes de Tolová“ an. Zurzeit des Massakers hatte er sich noch nicht demobilisiert. Cano versichert, dass ein Paramilitär mit Decknamen „44“ das Massaker geleitet und ein anderer mit Decknamen „Pirulo“ den Kindern die Kehle durchgeschnitten hatte. Nach Aussagen von Cano gingen die Paramilitärs gemeinsam mit 50 Soldaten unter dem Kommando von Gordillo vor. Letztere sicherten das Gelände, während die Paramilitärs vorrückten, um das Verbrechen zu begehen.

Zuerst töteten sie Luis Eduardo Guerra, anerkannter Führer der Friedensgemeinde, seinen 11jährigen Sohn Deyner Andrés Guerra und Beyaniera Areiza. Nachdem sie diese mit Macheten getötet hatten, liessen sie die Leichen im Gelände liegen. Danach töteten sie Alfonso Bolívar Tuberquía, seine Kinder Natalia (5jährig) und Santiago (2jährig), seine Frau Sandra Milena Muñoz und einen Landarbeiter namens Alejandro Pérez. Die ersten vier wurden ebenfalls mit Macheten getötet. Gerichtsmedizinische Untersuchungen ergaben, dass den Kindern die Kehle mit einem Messer durchgeschnitten worden war.

Gemäss dem Paramilitär soll Gordillo einem anderen Mitglied der Autodensas (Selbstverteidigungsguppen) gegenüber versichert haben, „44“ habe „Mist gebaut“ als er diese Personen in seinem Bezirk tötete.

Von ausserordentlicher Tragweite

Wieso wurde dieses Massaker verübt? War es geplant? Gab es Beihilfe? Noch gibt die Untersuchung keine Antworten auf diese Fragen. Hypothesen der Ermittler ergeben, dass das Motiv für diese schreckliche Tat die Vergeltung für einen Angriff der Farc (Guerillaorganisation) sein könnte, bei dem zwei Wochen vor der Tat 17 Soldaten bei Mutatá das Leben verloren hatten. Kriminalistikexperten versichern, dass die Vorgehensweise bei diesem Massaker nicht nur auf Hass schliessen lasse, sondern auch mit der Absicht gemacht worden sei, eine Terrorbotschaft an die anderen Mitglieder der Gemeinde zu senden.

Obwohl die Festnahme von Hauptmann Gordillo noch kein Beweis für dessen Schuld ist, haben Quellen aus der Staatsanwaltschaft SEMANA versichert, dass die ganze Untersuchung darauf hindeute, dass es eine Mittäterschaft der Armee bei diesem

Verbrechen gegeben hat. Die nationalen und internationalen Auswirkungen dieses Verbrechens sind enorm.

Auf der einen Seite ist dies eine der schwersten Menschenrechtsverletzungen, die in den letzten Jahren begangen wurde. Dies ganz besonders, weil die Friedensgemeinde, die sich im bewaffneten Konflikt neutral erklärt hat, unter *medidas cautelares*¹ steht, die den kolumbianischen Staat zu besonderen Schutzmassnahmen verpflichtet. Falls bewiesen werden sollte, dass die für die Sicherheit der Gemeinde Verantwortlichen – die Armee - Mittäter des Massakers sind, wird die Sanktion des Landes auf internationaler Ebene nicht auf sich warten lassen.

Die Staatsanwaltschaft scheint jedoch nicht nur in Bezug auf das Massaker der Gemeinde Recht zu geben. Die Aussagen mehrerer Paramilitärs, einschliesslich die von Cano, bestätigen, was viele NGO's immer festgestellt haben: Das Militär - vor allem in Urabá – hat gemeinsame Operationen mit den Paramilitärs durchgeführt. Das Verteidigungsministerium unterstützt die Staatsanwaltschaft voll und besteht darauf, Hauptmann Gordillo einen ordentlichen Strafprozess zu garantieren.

Über die Sanktionen hinaus, welche der kolumbianische Staat für diese Vorkommnisse zu spüren bekommen könnte, müssten die Streitkräfte zwei entscheidende Aspekte gründlich bedenken: die Stigmatisierung der Friedensgemeinden und die Kontroll- und Begleitmechanismen ihrer Truppen.

Einige Sektoren der Streitkräfte bezeichnen unter vorgehaltener Hand die Friedensgemeinden und viele NGO's als „Deckmantel“ der Aufständischen. Man benutzt gerne den Ausdruck „politischer Krieg“ für legitime und über legale Kanäle gemachte Anzeigen der Friedensgemeinden. Das Risiko der Stigmatisierung besteht darin, dass viele Offiziere irrtümlicherweise annehmen, sie könnten kriminelle Methoden bei der Bekämpfung des vermuteten Feindes anwenden.

In Bezug auf die Kontrolle der Truppe muss daran erinnert werden, dass seit mehr als einem Jahrzehnt verschiedene Quellen – sogar militärische – darauf hingewiesen haben, dass eine Konnivenz, d.h. eine wissentliche Duldung solcher Taten, zwischen Angehörigen der XVII Brigade und den Paramilitärs existiert. Interne Untersuchungen haben aber nie zu Resultaten geführt.

Falls Hauptmann Gordillo und andere Armeeangehörige dieses Verbrechens für schuldig befunden werden sollten, wäre dies einer der grössten Schandflecke in der Geschichte der Streitkräfte.

¹ *Medidas Cautelares*: Die Organisation Amerikanischer Staaten hat die kolumbianische Regierung verpflichtet, adäquate Massnahmen zum Schutz der Friedensgemeinde zu treffen.